

Prof. Dr. Armin Nassehi

**Festrede anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 17. Oktober 2018**

Herr Bundespräsident Steinmeier, Frau Staatsministerin Grütters, Herr Meckel, Herr Eppelmann, Frau Dr. Kaminsky, liebe weitere Honoratioren,

Es ist mir eine große Ehre und Freude, heute hier die Festrede anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu halten. Ich frage mich ernsthaft: Kommt es mir überhaupt zu, diese Rede zu halten, als jemand, der schon biografisch eher aus der Distanz zum Thema spricht? Mir wurde freilich versichert, man habe nach jemandem gesucht, der eine solche Rede explizit aus einer westdeutschen Perspektive hält – womit bereits eine Schneise geschlagen ist, dass es tatsächlich einen Unterschied macht, ob man aus ostdeutscher oder westdeutscher Perspektive spricht. Dass diese Differenz gewissermaßen von Ihnen gesetzt wurde, hilft mir dabei, zunächst unbefangen zu beginnen.

Genau das will ich tun, indem ich zunächst aus einer persönlichen Perspektive spreche. Ich wurde 1960 in Tübingen geboren, meine Mutter war eine katholische Schwäbin aus einem konservativ-bürgerlichen Elternhaus, mein Vater damals ein iranischer Medizinstudent. Ich habe meine Kindheit in München und Landshut verbracht. Nach einem Abstecher von knapp drei Jahren in Teheran von 1969-1972 habe ich in meinen Jugendjahren in Gelsenkirchen und danach von 1979 bis Mitte der 1990er Jahre im westfälischen Münster gelebt, bevor ich schließlich nach München kam. Ich erzähle Ihnen das nur, um es wirklich zu beweisen: westdeutscher geht es nicht.

Aber die Zurechnung aufs Westdeutsche ist ja nur die andere Seite der Zurechnung aufs Ostdeutsche. Auch fast 30 Jahre nach dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik funktioniert diese Zurechnung – sie funktioniert übrigens auch dann, wenn man in festlichen Reden betont, dass sie keine Rolle mehr spielt. Viele Verwerfungen der Gegenwart operieren mit dieser Gegenüberstellung – vielleicht hat man die hässlichen Szenen in Chemnitz vor Augen, vielleicht auch disparates Wahlverhalten, ganz sicher die unterschiedlich anmutende Reaktion auf Flüchtlinge und Migration überhaupt, auch Tatsachen wie die, dass 80% des Produktionsvermögens nach der Wende an westdeutsche Unternehmen, nur 6% an Ostdeutsche gegangen sind, Lebenszufriedenheitsindizes messen stabil

eine geringere Lebenszufriedenheit in den neuen als in den alten Bundesländern, und kürzlich wartete die Migrationsforscherin Naika Foroutan mit der These auf, dass Ostdeutsche und Migranten in der neuen Bundesrepublik ganz ähnliche Erfahrungen mit Anerkennungsverweigerung machen. Die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping formuliert sogar die Forderung, man möge doch zunächst einmal die Ostdeutschen integrieren.

All das sind semantische seismische Wellen, bei denen es viel weniger darauf ankommt, ob sie objektiv zutreffen – aber sie sind kommunikabel, werden so empfunden, sind anschlussfähig, wie wir soziologisch dazu sagen. Aber: Hat das überhaupt etwas mit der Bewältigung der DDR und der SED-Diktatur zu tun? Ich werde Ihnen am Ende die These präsentieren, dass die zumindest erlebte Differenz zwischen westlichen und östlichen deutschen Erfahrungsräumen nicht nur mit der Nachwenderfahrung erklärt werden kann, sondern viel mit der DDR und den Restriktionen einer staatssozialistischen Diktatur zu tun hat, die langfristige Entwicklungspotentiale moderner Gesellschaften schlicht behindert hat. Es wird übrigens keine überhebliche westliche Rückständigkeitsthese, sondern eher der Hinweis darauf, dass der Zentralismus des staatssozialistischen Typs im Hinblick auf die Modernität der modernen Gesellschaft geradezu widersinnig ist.

Am besten versetze ich mich aber zunächst zurück in die Zeit vor 1989/90 und beginne tatsächlich westdeutsch, was ja auch mein Auftrag war. Für meine Generationslage war die deutsche Teilung nicht nur in der verklärenden Erinnerung eine zugleich merkwürdig selbstverständliche, aber doch präsente Realität. Als Jugendlicher und Student war Berlin, Westberlin, ein permanentes Ziel – und das lag nicht nur an Berlin selbst, sondern auch am Weg nach Berlin. Die Transitstrecke war für uns gewissermaßen gebaute Weltgeschichte, zum Greifen nah und doch so fern.

Dass sich hier ein Staat eingemauert hatte, der ohne diese Mauer keine Existenzmöglichkeit gehabt hätte, wussten wir – und wollten es doch nicht so recht glauben. Was wir weniger kannten, waren die psychosozialen Auswirkungen dieser Trennung, die auch heute noch eine größere Rolle spielen, als wir es in unseren offiziellen Selbstbeschreibungen zugestehen wollen. Ich war im Jahre 1981, 21-jährig, gemeinsam mit einem Kommilitonen mit einer touristischen Reisegruppe in der Sowjetunion, in Moskau und Leningrad. Wir wurden in beiden Städten immer wieder von jungen Leuten angesprochen, die uns fragten: *Germania ili GDR?* – also: Seid Ihr aus Deutschland oder der DDR? Wir fanden diese Frage, naiv wie wir waren, befremdlich, merkten aber schnell, dass wir behaupten mussten, aus

der DDR zu stammen, um in Ruhe gelassen zu werden, was uns die Frager natürlich nicht abnahmen. Ähnliche Erfahrungen konnte man in Ungarn am Plattensee machen. Mein Kommilitone, mit dem ich unterwegs war, hat sich übrigens unsterblich in unsere Dolmetscherin verknallt, eine Russin, die in Leipzig Germanistik studiert hatte und mit einem wirklich wunderbaren russisch-sächsischen Akzent sprach. Sowohl die weltpolitische Lage wie auch die junge Frau gaben der heftigen Zuneigung freilich keine Chance.

Das war der eine Typus von Erfahrung. Ein zweiter Typus war völlig anders gelagert: Ich war ab 1979 Student der Philosophie, der Soziologie und der Erziehungswissenschaften im beschaulichen, bürgerlichen, wohlhabenden Münster. Es ging damals in den Debatten um eine Demokratisierung des Kapitalismus, um die Frage, wieviel Staatstätigkeit es bedarf, um ganze Bevölkerungen versorgen zu können, auch um Arbeitslosigkeit als realistische Zukunftsperspektive der damaligen akademischen Generation. Hier spielte die DDR – nicht die real existiert habende, sondern die DDR als Chiffre, als Fluchtpunkt einer Denkungsart, als leerer Signifikant eine nicht zu unterschätzende Rolle – etwas, das kaum je bewältigt wurde und letztlich durch die Vereinigung dann auch historisch obsolet wurde. Es war eine merkwürdige Mischung aus Nähe und Ferne, Vertrautheit und Exotismus.

Ich muss es zugeben: Was für DDR-Bürger das allzu bunte Westfernsehen und die Staatspropaganda über die faschistisch-kapitalistische Bundesrepublik war, das war für uns die geradezu bilderlose, abstrakte, empirisch kaum gehaltvolle Perspektive auf eine Alternative zum westlichen Kapitalismus. Beide Bilder waren sehr wirkmächtig – und doch nur Projektionen des je eigenen Blicks. Umgekehrt proportional zu der Fülle der widersprüchlichen Sehnsuchts- und Schreckensbilder aus DDR-Perspektive galt für uns, dass wir nichts wussten, nichts sahen und das, was wir sahen, auch nicht wirklich interessant fanden. Wir waren sprechendere, farbigere Bilder gewohnt. Bei uns kursierte der blöde Witz, dass man im Osten mit OrWo-Schwarz-Weiß-Filmen Farbfotografien machen konnte. Ich glaube, ich übertreibe nicht, dass der primäre Zugang meiner Generationslage vor allem ein ästhetischer Zugang war. Es sah sehr trist aus – gelegentliche Tagesbesuche in Ostberlin haben das bestätigt.

Die Ablehnung des Ostens war in erster Linie eine ästhetische Reaktion. Und das Ästhetische war für die popkulturell sozialisierte Generation der Nach-68er von ganz entscheidender Bedeutung. Aber im akademischen linksliberalen Milieu hatte das Ganze doch eine Anziehungskraft: Der Horizont einer gesteuerten Gesell-

schaft, die Idee, dass die Beherrschung der Fliehkräfte einer modernen Ökonomie und die Erwartung an eine Art Domestizierung der Zentripetalkräfte einer modernen Gesellschaft wenigstens ein attraktiver Horizont waren – das kann man schwer leugnen. Es war vor allem ein Horizont, der sich aus völliger Unkenntnis speiste – aber es war der Horizont für theoretische Debatten, die vor allem im linken Spektrum jene Quadratur des Kreises behandelten, wie sich Freiheit und Sicherheit miteinander versöhnen lassen. Man hätte so gern die Freiheit des Westens mit der Sicherheit einer zentral planbaren Gesellschaft versöhnt – und mir scheint, dass das bis heute die offene Flanke aller Kapitalismuskritik ist. Es ist vielleicht kein Zufall, dass es heute nicht nur von rechts, sondern auch von links eine Sehnsucht danach gibt, eher geschlossene Verhältnisse stark zu machen, um die Illusion der Gesellschaftsteuerung nähren zu können.

Was ich Ihnen andeuten will: Der westdeutsche Blick auf den SED-Staat war einerseits einer der Gewöhnung an Faktizitäten mit fast rituellen Verurteilungen seines diktatorischen Charakters – das Rituelle hat es dann ermöglicht, einen *modus coexistendi* zu pflegen, der wenigstens für stabile geostrategische Verhältnisse gesorgt hat. Andererseits war es ein Verhältnis des Nicht-Wissens – wir können uns das wahrscheinlich in der heutigen Welt elektronischer Beobachtungsverhältnisse durch soziale Medien und permanente Erreichbarkeit von Informationen kaum vorstellen, aber wenigstens aus der Perspektive eines westdeutschen Beobachters kann ich sagen: Kurz hinter Helmstedt begann für uns ein geradezu unbeobachtbares Niemandsland. Das galt auch für die merkwürdigen Fantasien, die sich meine Generation, zumindest das Milieu, in dem ich mich als Student bewegt habe, über die DDR gemacht hat. Natürlich wussten wir, dass es eine Diktatur war, natürlich wussten wir um das Mörderische der Grenze und das Autoritäre der Staatsführung – aber unterschätzen Sie nicht die Attraktivität der Idee einer planbaren Gesellschaft, die man im Griff haben konnte. Für richtig Linke waren das nur Kollateralschäden, vor allem angefacht durch die Konkurrenz im Westen. All das wollte niemand bei Trost wirklich – aber der Horizont war für salonsozialistische Projektionen schon attraktiv.

Ich hoffe, dass ich Ihnen einen Eindruck von dem merkwürdig angenehmen Schaudern vermitteln kann, das die DDR zunächst meiner Generationslage und meinem Milieu bieten konnte. In der Zeit der Wende hat es in diesem Milieu viel Streit gegeben. Ich erinnere mich gut daran: Die bundesrepublikanische Intelligenz war schon so postnational, dass man es geradezu als eine Zumutung empfand, dass wir eine Nation seien oder sein sollten. Die Abwehr war bei Manchen sehr groß, was ich damals schon befremdlich fand. Ich glaube, dass die Verve, mit

der man in diesem Milieu die Einheit entweder abgelehnt hat oder wenigstens ein – weltpolitisch und zeitökonomisch völlig unrealistisches – Moratorium zur Klärung der deutschen Frage und ihres Gesellschaftsmodells vorschlug, auch Ausdruck jenes schlechten Gewissens war, in der Diktatur des DDR-Modells eben doch einen Widerschein der eigenen Phantasien und der weder theoretisch noch politisch ausgeloteten Grundfrage des Verhältnisses von Freiheit und Sicherheit gesehen zu haben. Wie die DDR zunächst wie eine unbekannte Projektionsfläche wirkte, bei der man die hässlichen Teile extrahieren zu können glaubte, wurde sie nun zu sichtbar, so dass die Erwartung einer nationalen Vereinigung auf das postnationale Unverständnis eines Milieus stieß, dem der eigene blinde Fleck, das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, nun emotional vorgeführt wurde. Auch das gehört zur Frage der Bewältigung der SED-Diktatur – weniger im Sinne einer konkreten politischen Frage, aber doch im Sinne der blinden Flecke mancher Denkungsart.

Für andere, eher konservative Milieus war der blinde Fleck freilich woanders zu finden. Willy Brandts Formel, dass nun endlich zusammenwächst, was zusammengehört, ist beredter Ausdruck einer Situation, in der die nationale Einheit nicht als Ausgangspunkt, sondern als die Lösung aller Fragen erschien. Ich beklage das nicht – der Kairos der Situation ließ nichts anderes zu. Ich bin mir aber sicher, dass die Situation, in der wir uns heute befinden, viel damit zu tun hat, dass auch diese andere, diese offene, diese die Einheit früh wollende Perspektive zumindest aus westdeutscher Perspektive ihren Anteil daran hatte, dass heute viele gesellschaftliche Konflikte aussehen, als speisten sie sich aus einem Antagonismus aus Ost- und Westdeutschland. Denn dass zusammenwächst, was zusammengehört, wurde so schnell betrieben, dass es letztlich der blinde Fleck des Geschehens blieb. Es ist ein großes Glück und auch ein großes Verdienst der damals handelnden Akteure, dass die staatliche Einheit rechtlich, politisch und organisatorisch schnell umgesetzt wurde. Dass es aber um wechselseitige Beobachtungsverhältnisse ging, um biografische Erfahrungen und Lebenslagen, die sich nicht so schnell verändern konnten wie die gesetzte staatliche Ordnung, ist ebenso erwartbar wie unerwartet gewesen.

Die wechselseitigen Beobachtungsverhältnisse sind es, die es bis heute in sich haben. Ich bin davon überzeugt, dass die Verwerfungen zwischen Ost und West auch heute noch ihre Wurzeln weit vor der Wende haben – letztlich in der Bewältigung der DDR-Vergangenheit. Es ist inzwischen überall Konsens, dass die DDR ein Unrechtstaat war, selbst die Linke kann es kaum mehr anders sagen. Aber wo die Quellen sind, ist nach wie vor unklar. Ich habe versucht, mich von zwei sehr

aktuellen Texten belehren zu lassen, die auf merkwürdige Weise ähnlich und verschieden sind – wie übrigens ihre Autoren auch eher verschieden sind. Ich meine die Thesen über die Frage, wie das Volk der Ostdeutschen entstanden sei von Richard Schröder, dem heutigen Vorstandsvorsitzenden der deutschen Nationalstiftung und ehemaligem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion in der einzigen frei gewählten Volkskammer in der FAZ; und ich meine die sehr mutigen und leistungswerten Erinnerungen von Daniel Schulz, Redakteur bei der taz, darüber, wie es ihm als Jugendlichen auf dem Land gelungen ist, dem rechtsradikalen Milieu zu entkommen. Beide verorten die heutigen Verwerfungen in der DDR, beide fragen sich, wie Chemnitz und Pegida, Wahlerfolge der AfD und Unzufriedenheit in den neuen Ländern heute zu erklären ist. Und die beiden Texte kann man in komplementärer Ergänzung lesen.

Schröder meint, dass das „Volk der Ostdeutschen“ erst nach der Vereinigung entstanden sei. In der DDR habe es entweder die gegeben, die sich ohnehin als Deutsche im geteilten Deutschland verstanden, oder die parteitreuen Internationalisten, die freilich auch nicht an nationalen Zurechnungen vorbeikamen. Schröder zitiert die paradoxe Formel von den zwei Nationen auf deutschem Boden, eine Formulierung, die in ihrer Widersprüchlichkeit letztlich alles auf den Begriff bringt, worum es hier geht. Schröder spricht davon, dass man den Ruf nach dem „Deutschland einig Vaterland“ – die unsichtbare Zeile aus der DDR-Hymne – während der Leipziger Montagsdemonstrationen einerseits programmatisch in der Frage nach der politischen Lösung der Vereinigung lesen konnte, dass die Losung aber zugleich unbedarft naiv in der Frage der Abgrenzung gegen Rechtsextremismus und Nationalismus, so seine konkreten Formulierungen, gewesen sei. Die Schuld für diese Unbedarftheit gibt er der SED, und zwar dafür, dass deren staatlich verordneter Antifaschismus die Nazis immer in den anderen sah, wie er schreibt. Plausibel daran ist zumindest, dass sich die Losung auch als eine Gegenlosung gegen den SED-Staat lesen lässt, die starke Identitätsansprüche formuliert und zugleich ein starkes kritisches und liberales Potential enthält.

Liest man komplementär dazu Daniel Schulz' Erinnerung wird Vieles vielleicht klarer. Schulz berichtet von dem starken Problem rechtsradikaler Jugendlicher in den 1980er Jahren, für die das Rechtsradikale eine staatskritische Potenz besaß – und er beschreibt dies in der Form einer autobiografischen Beantwortung der Frage, wie es ihm gelungen ist, diesem Milieu zu entkommen. Es gab in der späten DDR eine nicht unerhebliche Anzahl an Rechtsradikalen, deren Existenz Schulz auch damit erklärt, dass man das autoritäre DDR-System mit rechtsradikalen Symbolen wohl am allerbesten provozieren konnte. Hakenkreuze und andere na-

zi- und faschistische Symbole garantierten ein Maximum an Aufmerksamkeit. Die Attraktivität der Terroristen der RAF für nicht zu kleine Teile des westdeutschen akademisch-linken Milieus in den späten 1970er und den 1980er Jahren kann man sicher ähnlich erklären – in maximale Differenz zu treten und damit eine besondere Verbindung herzustellen. Dafür war der Name „Rote-Armee-Fraktion“ gut gewählt.

Die Vereinigung, so Schulz, hat diesen Gruppen durch Amnestien, aber auch durch die völlige Delegitimierung der staatlichen Antifaschismus-Rituale der SED ein Selbstbewusstsein verschafft, das den Aufbau und die Stabilisierung einer rechtsradikalen Szene in den neuen Bundesländern befördert hat. Es waren diese Gruppen, die Anfang der 1990er Jahre Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen zu Symbolen kultureller Distanz gemacht haben. Es gab in dieser Zeit auch Mordanschläge gegen Migranten in Westdeutschland, aber das kollektive Gedächtnis des Ostdeutschen ist mit Rostock-Lichtenhagen verbunden. Und auch wenn es sich wie eine Entschuldigung für diese Schrecklichkeiten anhört: In Rostock-Lichtenhagen hat sich die Fratze der DDR gezeigt, und es war auch diese Fratze, die man in Chemnitz sehen konnte. Es ist die Fratze einer Generation, die in der DDR den staatlichen Ritual-Antifaschismus herausgefordert hat und nach der Wende erleben konnte, dass der neue Staat vor ihnen zurückweicht – und zugleich so tut, als gebe es kein Problem mit diesen Leuten.

Liest man Richard Schröders These von der Erfindung der Ostdeutschen als Zurechnungspunkt durch die Brille von Daniel Schulz' Erfahrungsbericht, wird deutlich, wie sehr sich das Bild des Ostdeutschen als des ganz anderen im Vergleich zu Westdeutschland als eine starke Hypothek aus der DDR-Vergangenheit erklären lässt. Es ist kein Zufall, dass es die Folgen der Flüchtlingskrise sind, die die Zurechnungsdifferenz zwischen Ost und West wieder verstärken. Weder Pegida noch die AfD hätten sich ohne die Flüchtlingskrise stabilisiert, und obwohl die AfD kein im engeren Sinne ostdeutsches Phänomen ist, hat sie sich von den neuen Bundesländern aus stabilisiert. Erklärungsversuche, diese Phänomene sozioökonomisch zu verstehen, können kaum standhalten. Es ist eher eine gesellschaftliche Konstellation, die durchaus etwas mit den unterschiedlichen Erfahrungen der DDR und der alten Bundesrepublik zu tun haben.

Ich komme nun zu der eher riskanten These meines Vortrages – sie werden gleich sehen, was ich damit meine. Es spricht ja, Sie haben es so gewollt, ein Westdeutscher zu Ihnen, also liegt es vielleicht nahe, die Bewältigung der DDR-Vergangenheit nicht nur daran festzumachen, was die SED gemacht hat, sondern

was in der DDR nicht stattgefunden hat. Meine riskante These geht in die Richtung einer Diagnose mangelnder Entwicklungsmöglichkeiten in der DDR, aber auch anderen osteuropäischen Ländern. Ich habe mich in der letzten Zeit für ein Buch ausführlich mit der Frage beschäftigt, ob es 1968 gegeben hat. In der DDR hat es kein 1968 gegeben, und im gesamten Ostblock ist 1968 eher mit der Niederschlagung des Prager Frühlings verbunden. In der Bundesrepublik gab es 1968 – und es kommt nun keine 68er-Apologik. Die zentralen Akteure der Studentenrevolte waren zum Teil autoritäre Ideologen zentralwirtschaftlicher Kontrolle, die den real existiert habenden Sozialismus zwar ablehnten, aber das wohl mehr aus ästhetischen und popkulturellen Gründen. Der Idee einer autoritären Form des demokratischen Zentralismus waren sie nicht ganz abhold.

Aber „1968“ ist, so meine These, eher Effekt als Ausgangspunkt. Die westlichen Gesellschaften haben nach dem zweiten Weltkrieg jenes, wie Eric Hobsbawm es genannt hat, goldene Zeitalter erlebt, in dem etwa in der Bundesrepublik schon in den 1950er Jahren mit der Expansion des Bildungssystems und dem Bedarf an ökonomischer Potenz immer mehr Bevölkerungsgruppen Nutznießer gesellschaftlicher Errungenschaften geworden sind. Die 1960er und 1970er Jahre waren von etwas geprägt, was ich Inklusionsschübe genannt habe: sozialer Aufstieg, Bildung, kulturelle Pluralisierung, Konsumententscheidungen usw. wurden ermöglicht. Einer der Effekte bestand darin, dass immer mehr Gruppen in die Gesellschaft hineingeholt worden sind: die Arbeiter, die Frauen, sexuelle Minderheiten, ethnisch Fremde, abweichende und alternative Lebensformen usw. Diese Inklusionsschübe haben die Gesellschaftsstruktur stark verändert und letztlich eine Art implizit linke sozialdemokratische Form der Inklusionspolitik betrieben. Das geschah übrigens weitgehend unabhängig von der politischen Couleur. Obwohl gerade Bildungspolitik ein Battlefield für ideologische Debatten war, sind auch in den unionsregierten Ländern Bildungsinstitutionen ausgebaut worden und Aufstiegsmöglichkeiten etabliert worden. Teilhabe wurde gewissermaßen zu einem Liberalisierungsprogramm par excellence – und es hatte letztlich mit den Zielen der engeren 68er wenig zu tun. Diese waren eher ein Effekt dieses Trends.

Eine der entscheidenden Errungenschaften war das, was ich einen Trend zur Dauerreflexion nenne, der die Inklusionsschübe begleitet hat. Die Idee des Gesprächs, des öffentlichen Diskurses, der Rechtfertigung, der kommunikativen Begleitung aller Entscheidungen hat das Leben einerseits schwieriger und komplexer gemacht, andererseits aber auch eine Dynamik entfaltet, hinter die man kaum mehr zurückkann. Diese Erfahrung jenes „Goldenen Zeitalters“ ist vielleicht der blinde Fleck der Aufarbeitung des osteuropäischen Staatssozialismus. Auch hier



wurden durchaus soziale Aufstiegsmöglichkeiten etabliert und Inklusionsmöglichkeiten vorbereitet, aber es gab letztlich keine kulturell wirksame Form, den höheren Entscheidungsbedarf einer komplexen Gesellschaft mit der Freigabe von Entscheidungsmöglichkeiten zu kombinieren. Da ist er wieder: der alte Konflikt zwischen Freiheit und Sicherheit, von Dynamik und Kontrolle.

Ich folge hier zum Teil den Thesen des bulgarischen Politologen Ivan Krastev, der die unterschiedlichen Entwicklungen in Ost und West als den blinden Fleck westlicher Sozialwissenschaften ausmacht. Ganz ähnlich, wie ich es gerade angedeutet habe, hält er uns den Spiegel vor, dass die autoritären Regime des Ostblocks eine völlig andere Mentalität erzeugt haben, die dazu führte, dass sich das Krisenmanagement weniger auf ideologische Fragen der Gesellschaftsverfassung, sondern der anerkannten Form der Zugehörigkeit verschoben hat. Die Wiederkehr der Identitäts- und Zugehörigkeitsfragen treffen im ehemaligen Osten auf eine Gesellschaft, die diese Inklusionsschübe noch nicht hinter sich hat. Der die Gesellschaft durchpolitiserende Kommunismus hat diese Entwicklungspotentiale moderner Gesellschaften, die Zentripetalkräfte einer komplexen Moderne, so stark eingegrenzt, dass deren Ende irgendwie systemisch logisch erscheint – aber ein schwieriges Feld unmöglicher Selbstbeschreibungen hinterlässt. Krastev meint, dass nun, in der zweiten Generation der Nachfolgenden die Glasdecke spürbar wird, dass mit dem bloßen Systemwechsel die Entwicklungspotentiale nicht ausgeschöpft sind. Ich würde ergänzen: Wenn man das, was aus westlicher, vor allem linksliberaler Perspektive oftmals zum Naserümpfen Anlass gibt, vergleicht mit der Art und Weise, wie im Westen zu Beginn der Inklusionsschübe diskutiert wurde, verliert das, was man sieht, womöglich an Fremdheitscharakter. Haben Konservative noch in den 1960er und 1970er Jahren nicht ähnlich geredet wie heute Manche, die man für neue Faschisten halten will? Und war nicht auch die Linke damals viel mehr auf das Eigene und auf Identitätsfragen fixiert als die heutige Weltoffenheit urbaner Mittelschichten?

Die Besonderheit in Deutschland besteht vielleicht darin, dass sich die beiden Wege, der westliche und der östliche, unter einem nationalen Dach ereignen, weswegen die wechselseitige Zurechenbarkeit als das ganz andere noch stärker gelingt. Ein paradoxer Gedanke: *Weil wir eins sind, sind die zurechenbaren Verschiedenheiten größer* – das ist der Doppelcharakter des „Deutschland einig Vaterland“, das so voller Missverständnisse ist. Man unterschätzt die verheerenden Folgen der DDR-Diktatur, wenn man diese Differenz nicht auf jenes Entwicklungshindernis bezieht, das die Illusion vollständiger Gesellschaftssteuerung stets mit sich bringt: Wer das Ganze als Ganzes steuern will, muss fast automatisch au-

toritär werden. In diesem Sinne findet sich in den rechten Ideologien ethnischer Geschlossenheit mehr DDR, als man es sich zugestehen will.

Sie haben sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur verschrieben. Dazu gehört in erster Linie die Rekonstruktion der Verbrechen und der autoritären Strukturen des DDR-Systems. Vielleicht, das sagt nun ein Soziologe, müsste dazu mehr auch die Analyse der subtilen Spätwirkung zweier oder dreier ganzer Generationenerfahrungen gehören. Die stärksten strukturellen Wirkungen hat der SED-Staat (und haben, wie Krastev sagt, die anderen kommunistischen Staaten des Ostblocks) heute nicht mehr in seinen unmittelbaren Taten und Ereignissen, sondern in einer merkwürdigen Erfahrungslage, die nun als eine Art Entwicklungshindernis erscheint. Ich jedenfalls habe durch die Auseinandersetzung mit der Strukturgeschichte der alten Bundesrepublik gelernt, wie voraussetzungsreich und unwahrscheinlich diese Entwicklung gewesen ist. Erst darüber lässt sich verstehen, dass die Zurechnung aufs Ostdeutsche nicht nur eine Anerkennungsfrage ist, sondern auch eine analytische Frage. Meine Antwort: Es gibt eine Ungleichzeitigkeit in der Erfahrung mit Inklusionsschüben, weswegen gerade die Flüchtlingskrise wie ein Lackmustest dienen musste. Diese hat ihre Wurzeln unmittelbar in der Generationenerfahrung mit dem SED-Staat. Die ablehnendere Haltung Flüchtlingen gegenüber mit den entsprechenden Wahlerfolgen explizit Rechter hat viel damit zu tun, dass der Umgang mit den Inklusionsschüben der westlichen Demokratien als Generationenerfahrung ausgefallen ist. Das hat weniger etwas mit normativen Orientierungen zu tun als mit einer homogenisierenden Erwartung an den Staat. Dass dies als gemeinsame Differenzgeschichte bis heute nicht aufgearbeitet ist, hindert uns gerade daran, eine realistische Migrations- und Flüchtlingspolitik anzustrengen, die nicht nur die Alternative zwischen der naiven Leugnung aller Probleme und der völligen Abwehr von Migration kennt.

Wahrscheinlich werden es Linke den Migranten nie verzeihen, dass der Kapitalismus und die Marktwirtschaft für offenere Formen der Integration von Migranten sorgen konnten als staatlich verordnete Solidarität – wie wahrscheinlich heutige Rechte es dem liberalen Verfassungsstaat niemals verzeihen werden, dass dessen normative und institutionelle Arrangements es ihnen erst ermöglichen, Liberalität und Pluralität perfide in Frage zu stellen. Ich rede hier über ein gesamtdeutsches Thema – das aber einen starken Ost-West-Bias trägt, und zwar nicht zufällig.

Am Ende hoffe ich dies: Dass Sie nicht denken, hier habe nun doch ein überheblicher Wessi gesprochen, der den Brüdern und Schwestern auf der anderen Seite

eine Ungleichzeitigkeit und Entwicklungsstörungen unterschieben will. Ich hoffe, dass Sie eher den selbstkritischen Wessi gehört haben, der sich darüber wundert, wie naiv die westliche Entwicklung als der Normalfall vorausgesetzt werden konnte. Ich bleibe aber bei der These, dass alle Versuche einer zentralistischen Organisation gesellschaftlicher Dynamiken fast notwendig zu pathologischen Folgen führen. Die Folgen solcher Pathologien rekonstruieren Sie als Bundesstiftung seit 20 Jahren. Solche autoritären Zentralisierungsversuche sind Reaktionsformen auf die Dynamik einer modernen Gesellschaft, die ökonomische, politische, wissenschaftliche, kulturelle, mediale und religiöse Logiken und Geltungsansprüche nicht einfach versöhnen kann. Die gesellschaftlichen Krisen der Gegenwart laborieren an dem selben Bezugsproblem – und es ist nicht ausgemacht, dass der Umgang mit dieser Komplexität wirklich gelingt. Einfache Lösungen erscheinen deswegen so attraktiv – weswegen sogar die DDR aus mancher westlicher Perspektive wenigstens den Widerschein von Attraktivität tragen konnte, was nur ein Hinweis auf die mangelnde Selbstaufklärung des Westens ist, der zwar den osteuropäischen Staatssozialismus überwunden hat, aber sich weiterhin nicht sicher sein kann, dass sein Institutionenarrangement die Komplexität dieser dynamischen Welt überleben kann.

Ich schließe mit diesem Gedanken: Es sind erst 28 Jahre seit der Wiedervereinigung, eine kurze Zeit, wenn Sie an andere innernationale Konflikte in Europa denken, etwa an den irischen, der angesichts der Brexit-Verhandlungen wieder auf dem Bildschirm erscheint, oder an den katalonisch-spanischen. Immerhin: Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wollte zu ihrem 20. Jubiläum explizit eine westdeutsche Perspektive als Festrede hören. Das ist paradoxerweise zugleich Bestätigung und Dementierung jener Differenz, die wir Deutsche immer noch zu überwinden haben.